

**PRESSEMITTEILUNG**PRESSESPRECHER  
Torsten HaaseLandeshaus, 24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)  
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

**TOP 20****Caroline Schwarz:****Bezirksfachklassen dürfen strukturschwache Regionen nicht gefährden**

Es darf nicht sein, dass wieder einmal an dem Parlament vorbei schleichend Fakten geschaffen werden, die, diesmal im Bereich der Berufsschulen, zu einer strukturellen Veränderung der beruflichen Bildung im Lande führen.

Der Entwurf eines Konzeptes zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen, der dem Finanzausschuss im Mai 2003 vorgelegt wurde, verstärkt diese Vermutung und veranlasst die CDU, dieses Thema zum Thema des Landtages zu machen.

Wir sind, wie auch der LRH in seinen Bemerkungen 2002 betont, der Auffassung, dass Ressourcen auch im Bildungsbereich sachgerecht und effizient eingesetzt werden müssen. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass zu kleine Fachklassen diesem Ziel widersprechen.

Allerdings sind, im Unterschied zu den Anmerkungen des Landesrechnungshofes, nicht nur die ökonomischen Bedenken zu berücksichtigen, sondern auch die bildungspolitischen und die wirtschaftlichen Folgen für die jeweilige Region. Wenn Fachklassen in Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen konzentriert werden, steht zu befürchten, dass das bisherige Ziel der wohnortnahen Beschulung im schulischen Teil der Berufsausbildung nur noch auf bestimmte Regionen konzentriert wird, wie sich bereits jetzt schon anhand der Standorte der Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen zeigt. 48 Berufe werden in Lübeck in Bezirksfachklassen beschult, 41 in Kiel, nur 2 in Plön und 4 in Husum, kein einziger Beruf z.B. in Niebüll. Landesberufsschulen, d. h. die Konzentration der schulischen Berufsausbildung nur an einem Ort in Schleswig-Holstein, gibt es zurzeit in Lübeck in 10 Berufen, in Neumünster in 12, in Kiel in 8, in Dithmarschen lediglich in 2 und in Nordfriesland, Plön, Pinneberg und Segeberg lediglich in einem Beruf.

Diese Entwicklung zeigt, dass die bestehende Konzentration der beruflichen Ausbildung bereits jetzt die strukturschwachen Regionen vernachlässigt und lässt befürchten, dass sich diese Entwicklung durch die Absicht der Landesregierung,

vermehrte Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen einzurichten, verstärken wird - zum Nachteil der strukturschwachen Regionen.

Jetzt noch zur Ausbildung bereite Betriebe werden keine Bereitschaft zur Ausbildung mehr zeigen, wenn sie ihre Auszubildenden in einen 100 km entfernten Ausbildungsort schicken müssen, vom Zeitverlust und notwendig zu erstattenden Fahrgeld ganz zu schweigen. Deshalb muss zunächst eine genaue Analyse der Auswirkungen bestehender und zukünftiger Bezirksfachklassen und der Landesberufsschulregelung auf die Ausbildungsbereitschaft der Region geprüft werden. Weiterhin ist eine genaue Analyse der Möglichkeiten einer ortsnahen Beschulung notwendig. So sollte z. B. die Zusammenfassung mehrerer Berufe in der ersten Ausbildungsstufe bei überwiegend gleichen Inhalten (wie z. B. im Baubereich: Tischler und Holzmechaniker oder im Bereich Nahrung: Hotelfach und Restaurantfach) geprüft werden. Eine notwendige Differenzierung müsste dann erst in der 2. der 3. Fachstufe erfolgen.

Aus ökonomischen Gründen müssen die durch die vermehrte Konzentration der Ausbildung geplanten Einsparungen in der Ressource „Lehrer“ beziffert werden. Genauso die zu erzielenden Einsparungen der Schulträger, gemessen an den (erheblichen) Mehrkosten, die auf die Schulträger durch den Schullastenausgleich und den erhöhten Verwaltungsaufwand hinzukommen.

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund des im Umdruck 15/3368 genannten engen Zeitplanes weder eine umfassende Analyse des Ist-Zustandes noch eine genaue Analyse hinsichtlich der Auswirkung der vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen durchgeführt worden ist. Wenn das so ist, bleibt der neue Organisationsplan der Landesregierung wieder einmal ein konzeptionsloses Stückwerk, welches einzelne Regionen benachteiligt und nicht dazu beiträgt, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in diesen Regionen zu verbessern, so dass damit letztlich die Wirtschaftskraft der ohnehin schon strukturschwachen Regionen verringert wird.

Mit unserem Antrag, auf der Basis einer genauen Analyse des Ist-Zustandes und des Soll-Zustandes ein Gesamtkonzept zu entwickeln, wollen wir dieses verhindern.

Mit dem uns vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bestärken Sie lediglich die Landesregierung in ihrem Konzept zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen und stellen sich gleichzeitig gegen unsere Forderung nach einem Gesamtkonzept in Form einer Schulentwicklungsplanung, das eine genaue Analyse des Ist-Zustandes und der Auswirkungen der vorgesehenen Veränderungen beinhalten würde.

Bevor etwas los geht, bevor also ein Konzept umgesetzt wird, ist es doch erforderlich, dass eine genaue Analyse durchgeführt wird. Aber genau das verhindern Sie mit Ihrem Antrag.

Über unseren Antrag wollten wir heute im Plenum abstimmen lassen, da nun aber von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen ein weiterer Antrag vorliegt, schlagen wir eine Alternativabstimmung vor oder aber die Überweisung beider Anträge in den Ausschuss.